

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Schriftlichen Anfrage betreffend Vertrag zur Abschaffung von Atomwaffen 2017, eingereicht von Gemeinderätin S. Naef (SP)

Am 4. November 2019 reichte die Gemeinderätin Silvana Naef (SP) namens der SP-Fraktion folgende Schriftliche Anfrage ein:

«Siedlungszentren sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher sind zahlreiche Städte und Gemeinden, darunter auch solche aus der Schweiz, Mitglied des Netzwerks «Mayors for Peace», welches die nukleare Abrüstung fordert.»¹

Die Schweiz hat am 7. Juli 2017 mit 121 anderen Staaten dem Vertrag über ein Atomwaffenverbot (TPNW) zugestimmt. Der UN-Vertrag würde den Einsatz, die Androhung des Einsatzes, die Herstellung, die Lagerung, den Erwerb, den Besitz, die Stationierung, die Weitergabe sowie Tests von Atomwaffen verbieten, ebenso die Unterstützung dieser verbotenen Tätigkeiten. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald ihn 50 Staaten ratifiziert haben. Bis 1. Juli 2019 haben 23 Staaten diesen Schritt vollzogen. Das Schweizerische Rote Kreuz und Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und sprechen sich klar dafür aus, dass die Schweiz diesen Vertrag ebenfalls ratifiziert.»²

Der Bundesrat will den Vertrag bislang nicht unterschreiben³, obwohl National- und Ständerat 2018 eine Motion überwiesen haben, die fordert, dass der Atomwaffenverbotsvertrag so schnell wie möglich unterzeichnet und umgehend dem Parlament zur Genehmigung für die Ratifikation vorgelegt wird.⁴ Aus diesem Grund hat die Friedensnobelpreisträgerin ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) einen internationalen Städteappell lanciert.⁵ In der Schweiz unterstützen aktuell die Städte Bern, Genf und Zürich den Appell.⁶ In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. *Unterstützt der Stadtrat den Städteappell der ICAN?*
2. *Setzt sich der Stadtrat beim Bundesrat für den Beitritt zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 ein?*
3. *Plant der Stadtrat, dass Winterthur Mitglied des «Mayors for Peace» wird?»*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

1. Vertrag über das Verbot von Kernwaffen

Der 1968 verhandelte Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Non-Proliferation Treaty, NPT) bildet die Grundlage der heutigen nuklearen Weltordnung und ist die rechtlich-politische Basis für eine Welt ohne Kernwaffen. Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (Treaty

¹ <http://www.mayorsforpeace.org/english/memberscity/map/europe.html>

² <https://report.redcross.ch/de/projekt/engagiert-fur-ein-atomwaffenverbot/>

³ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-74559.html>

⁴ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20174241>

⁵ <https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>

⁶ <http://www.icanswitzerland.ch/icansave-zurich/>

on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW) ist ein Vertrag der UNO, der die Vertragspartner zum Verzicht auf Kernwaffen verpflichtet. Er soll diejenigen Bestimmungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen umsetzen, die alle Staaten zu Abrüstungsverhandlungen verpflichten. Der Vertrag verbietet es, Kernwaffen zu entwickeln, zu testen, herzustellen, anzuschaffen, zu besitzen, zu stationieren, einzusetzen und den Einsatz anzudrohen sowie die Unterstützung dieser Tätigkeiten. Ziel ist die Eliminierung aller Kernwaffen.

Am 7. Juli 2017 stimmten 122 Staaten dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen zu. Die Schweiz nahm an den Verhandlungen dazu teil und stimmte ebenfalls dafür, wies dabei aber auf noch zu klärende Fragen hin. Für das Inkrafttreten des Vertrages werden 50 Ratifikationen benötigt. Bisher wurde der Vertrag von 34 Staaten ratifiziert (Stand 19.12.2019)⁷.

Der Bundesrat behandelte die Frage nach einer Unterzeichnung des Vertrags am 15. August 2018 und kam damals zum Schluss, dass die Gründe gegen einen Beitritt die Chancen eines Beitritts aktuell überwiegen würden. Er berief sich dabei auf einen Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe unter der Leitung des EDA.

Am 5. Juni 2018 wurde im Nationalrat und am 12. Dezember 2018 im Ständerat eine Motion überwiesen, die vom Bundesrat verlangt, den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen schnellstmöglich zu unterzeichnen und dem Parlament zur Genehmigung der Ratifikation vorzulegen. Am 3. April 2019 beschloss der Bundesrat daher, dass der Beitritt vertieft geprüft werden soll, sodass bis Ende 2020 eine erneute Standortbestimmung erfolgen kann.

2. International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN)

Die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) ist eine Koalition von NGOs aus hundert Ländern, welche die Einführung des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen fordert. Eine Strategie zur Erreichung dieses Ziels ist ein Städteappell, den zu unterzeichnen ICAN international von Städten fordert. Diese Vorgehensweise begründet ICAN damit, dass Städte im Ernstfall die primären Ziele eines nuklearen Angriffs wären, da die Abschreckung durch Kernwaffen grösstenteils durch die Androhung eines Angriffs auf die wichtigsten Orte und Infrastrukturen eines Landes funktioniert. Mit dem Städteappell sprechen Städte weltweit ihre Unterstützung für die Unterzeichnung des TPNW aus und fordern nationale Regierungen auf, den Vertrag umgehend zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Bisher haben in der Schweiz Bern, Genf, Zürich, St. Gallen und Luzern den Städteappell unterstützt.

3. Mayors for Peace

«Mayors for Peace» (deutsch: Gemeindepräsidenten für den Frieden) ist eine Organisation von Städten. Gegründet wurde sie 1982 von den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki, mit dem Ziel, einen Beitrag zur Abschaffung von Kernwaffen zu leisten. Hierfür vereint «Mayors for Peace» international Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten, die mit ihrer Mitgliedschaft ihre Unterstützung für Bemühungen zur Abschaffung von Kernwaffen ausdrücken. Eines der Hauptanliegen von «Mayors for Peace» ist, die nationalen Regierungen zur Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen zu bewegen. Heute zählt «Mayors for Peace» 7861 Mitgliedsstädte aus 163 Ländern (Stand 1. Januar 2020). Darunter sind auch 21 Schweizer Städte, zum Beispiel Basel, Bern, Genf und Zürich. Es wird ein Mitgliederbeitrag von 2000 Yen jährlich verlangt.

Zu den einzelnen Fragen:

⁷ <http://disarmament.un.org/treaties/t/tpnw>

Zur Frage 1:

«Unterstützt der Stadtrat den Städteappell der ICAN?»

Kernwaffen können katastrophale Auswirkungen haben, wenn sie eingesetzt werden. Die Abschreckung durch Kernwaffen basiert zu einem grossen Teil in der Androhung eines Angriffs auf wichtige Infrastrukturen. Städte sind im Ernstfall folglich besonders bedroht. Der Stadtrat begrüsst Bemühungen zur nuklearen Abrüstung. Das ist auch das Ziel des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen. Deshalb unterstützt der Stadtrat den Städteappell der ICAN als aktuelle Kampagne für den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen und damit zur nuklearen Abrüstung. Dies entspricht der humanitären Tradition der Schweiz. Der Stadtrat wird seine Unterstützung mit einem entsprechenden Schreiben an die ICAN bestätigen und darin festhalten: *«Die Stadt Winterthur ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüssen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern den Bundesrat zum Beitritt auf.»* Winterthur folgt damit dem Beispiel anderer Schweizer Städte.

Zur Frage 2:

«Setzt sich der Stadtrat beim Bundesrat für den Beitritt zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 ein?»

Indem der Stadtrat den Städteappell der ICAN unterstützt, setzt er sich beim Bundesrat für den Beitritt zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen ein.

Zur Frage 3:

«Plant der Stadtrat, dass Winterthur Mitglied des «Mayors for Peace» wird?»

Ja, der Stadtrat plant, dass der Stadtpräsident Mitglied der «Mayors for Peace» wird.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon